

# Eine „Public Ivy League“ für Österreich

Vielleicht sollte man sich in Österreich nicht unbedingt die universitäre Champions League zum Ziel setzen, sondern einen Spitzenplatz unter jenen öffentlichen Unis, an denen erstklassige Bildung bezahlbar ist. Zur Reputation öffentlicher **Universitäten.**

Oliver Vitouch

Richard Moll prägte ihn 1985: den Begriff der Public Ivys. Es geht dabei um jene öffentlichen Universitäten, die ihren Studierenden ein ähnlich qualitätsvolles Studium bieten wie jenes an den besten Privatunis der USA. Die ursprüngliche Ivy League, benannt nach den efeuberankten Campusgebäuden in Neuengland, ist eigentlich eine Sportliga: Die College-Teams von Brown, Columbia, Cornell, Dartmouth, Harvard, Princeton, Yale und der University of Pennsylvania maßen und messen sich in dieser miteinander. Der Begriff ging allerdings rasch auf die Universitäten als solche über, die zu den wohlhabendsten und erfolgreichsten der Welt gehören.

Heute begegnen sie uns prominent in den League Tables anderer Art: in den weltweiten Univer-

sitätsrankings, allen voran dem Academic Ranking of World Universities (kurz „Shanghai-Ranking“) und den Times Higher Education World University Rankings („THE-Ranking“). Es sind Institutionen, die wir alle kennen und für ihre intellektuelle Strahlkraft und globale Reputation bewundern.

Molls Vision der Public Ivys war es, staatlich finanzierte Universitäten herauszustellen, die etwas weniger bekannt sind, aber trotzdem hervorragende, jederzeit konkurrenzfähige universitäre Bildung gewährleisten: „getting a first-rate education without paying Ivy League tuitions“. Das beste Beispiel dafür ist das Modell der University of California mit ihren mittlerweile zehn Standorten im größten Bundesstaat der Vereinigten Staaten



Oliver Vitouch ist seit Juni Vorsitzender der Uniko. Foto: Archiv

von Amerika: Acht davon sind im weltweiten Shanghai-Ranking 2015 unter den ersten 100, mit Berkeley (UCB) auf Platz vier, Los Angeles (UCLA) auf zwölf, San Diego (UCSD) auf 14 und San Francisco (UCSF) auf Platz 18.

## Und Österreich?

Ganz falsche Maßstäbe für Österreich? Mag sein. Blicken wir etwas tiefer in die Tafeln. Dort findet sich beispielsweise die University of Wisconsin-Madison auf Platz 24, die Universität Kopenhagen auf 35, Oslo auf 58, Uppsala auf 61, die Universität Bristol auf 66, die Hebrew University Jerusalem, die Ohio State University (Columbus) und die Universität Helsinki gleichauf auf 67, Ghent auf 71, Aarhus auf 73, Groningen auf 75, die University of Arizona auf 90, die Arizona State University dicht darauf auf 93 und die University of Utah gleichfalls auf 93.

„Rankings, shman-kings“, lässt sich jetzt natürlich sagen; und tatsächlich sind alle Univer-

sitätsrankings problembehaftet. Zum Beispiel ist es schwierig, Nobelpreise zu erringen, wenn man die Nobelpreisfächer gar nicht im Repertoire hat; und teils geht die „faculty student ratio“, also die Betreuungsrelation, direkt ins Ranking ein. Überhaupt ist der pauschale Vergleich ganzer Universitäten fragwürdig. Dennoch: Auch wenn der Umkehrschluss, Universitäten ohne Spitzenplatz wären schwach, irrig ist, machen jene unter den Top 100 offenbar etwas richtig.

Wir wollen in Österreich so gut werden wie die University of Utah (eine mormonische Gründung) oder die Arizona State University oder gar wie die Universitäten Oslo, Arhus oder Groningen. Dafür benötigen wir allerdings dringend seriöse, international vergleichbare Spielregeln (Kapa-

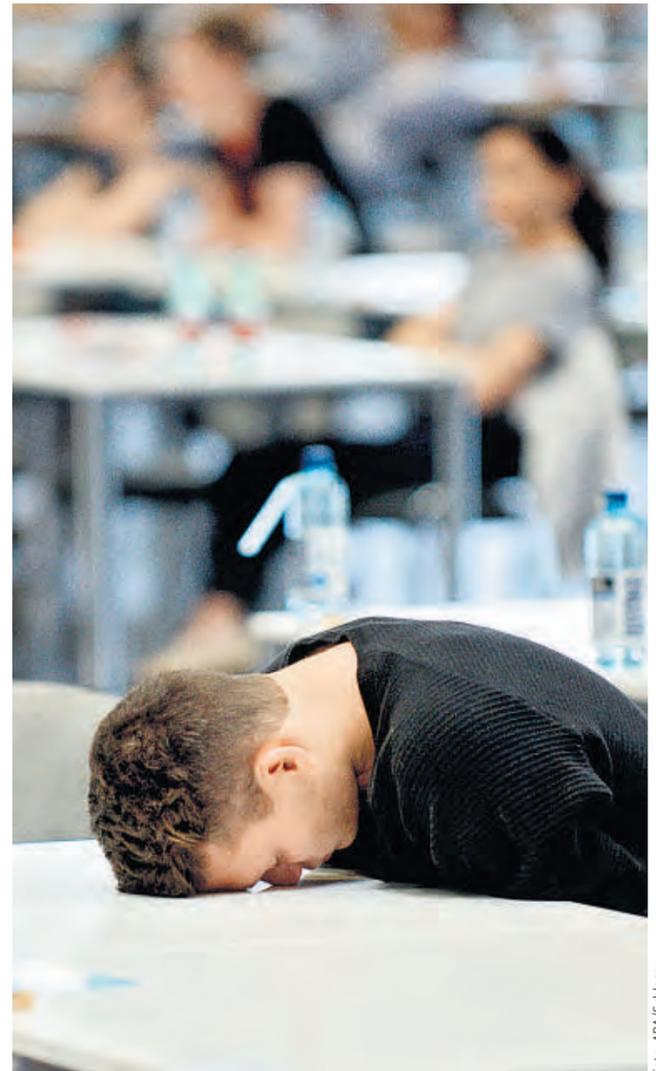


Foto: APA/Schlager

Studenten mögen mitunter den Kopf hängen lassen. Mit etwas politischem Willen wäre aber auch in Österreich Spitzenbildung möglich.

zitätsorientierung) und eine tatsächlich wettbewerbsfähige Finanzierung.

## Austriakischer Fluch

Kann es in Österreich Public Ivys geben? Öffentliche Universitäten, die mit den weltbesten Schritt halten können? Die durch beste Bildung kommender Generationen den Wohlstand unseres an Bodenschätzen armen, aber an intellektueller und künstlerischer Tradition reichen Landes sichern? Natürlich. (In der Schweiz gibt es sie.) Das Zeug dazu ist vorhanden – wäre da nicht, schlag' nach bei Grillparzer, der austriakische

Fluch, „auf halben Wegen und zu halber Tat / mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“.

„Now There's Another Ivy League“ heißt es auf dem Einband von Molls Buch. Es wäre gelacht, wenn das – in den Dimensionen von Public Ivy – nicht auch Österreich gelänge. Doch dafür müsste man neben der Wirtschaft auch die Universitäten „entfesseln“.

**OLIVER VITOUCH** (Jahrgang 1971) ist Kognitionswissenschaftler und seit 2012 Rektor der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Seit Juni 2016 ist er auch Präsident der **Österreichischen Universitätenkonferenz (Uniko)**.

HANS RAUSCHER

## Die Türkei fühlt sich unverstanden



Einer der zahllosen, bitteren Vorwürfe, die der türkische Außenminister gegen den Westen und auch gegen

Österreich erhoben hat, lautet: „Ihr versteht nicht, wie gefährlich Gülen ist.“

Die türkische Gülen-Bewegung, die hinter dem Putsch gegen die Erdogan-Regierung stehen soll und jetzt erbarmungslos verfolgt wird, ist nicht harmlos. Am ehesten kann man sie als eine Art islamische Scientology bezeichnen – eine straff organisierte spirituall-soziale Bewegung, die ihren sehr zahlreichen „Rekruten“ geistigen Halt und materielle Unterstützung bietet, dafür aber von ihnen unbedingte Gefolgschaft verlangt. Sie ist im Grunde eine islamische Sekte, der es tatsächlich gelungen ist, staatliche Strukturen zu durchziehen.

Die Wut, mit der Tayyip Erdogan die Organisation seines früheren Verbündeten Fethullah Gülen verfolgt, erklärt sich daraus, dass der türkische autoritäre Herrscher eine rivalisierende Organisation vernichten will, die ganz ähnlich strukturiert ist wie seine eigene. Erdogan will den Staat – und die Wirtschaft und die Religion und das kulturell-soziale Leben – offen unter seine Gewalt bringen. Er hat es auch schon fast geschafft. Es wird allerdings kein gutes Ende nehmen. Die Mehrheit des Volkes steht zwar hinter ihm, aber Erdogan ist sein eigener größter Feind. Er kann nämlich nicht ohne Feinde existieren und hat daher den schon fast beigelegten inneren Krieg mit den Kurden neu angezündet, ist in Syrien tief verstrickt, musste mühsam die Beziehun-

gen zu Russland und Israel wiederaufbauen und fängt gerade einen politischen Krieg mit den USA und der EU an. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich, weil das größte Argument für Investoren – sichere Verhältnisse – wegfällt.

Der Westen – Europa – darf sich so jemandem nicht ausliefern, das stimmt schon. Aber es gibt so etwas wie Realpolitik. Die USA (und Europa) haben aber mit viel Geduld und stetigem, allerdings nicht laut hinausposauntem Druck ein anderes islamisch-autoritäres Regime, nämlich das im Iran, von einem überaus gefährlichen Kurs, nämlich der Atombombe, abgebracht. Vor allem ist man dabei ohne kraftmeierische Sprüche ausgekommen.

Das Verhältnis zur Erdogan-Türkei kann gemanagt werden, das immens wichtige Flüchtlingsabkommen kann bewahrt werden, wenn man die Nerven behält, die Provokationen der Erdogan-Leute nicht symmetrisch beantwortet, zugleich die eigenen Grundsätze über den Wert der Demokratie nicht über Bord wirft. Die Türkei braucht den Westen, und wenn Erdogan in seiner Rage das vergisst, werden ihn nach einiger Zeit die Realitäten einholen. Wieso hätte er sich sonst bei Putin entschuldigt?

Es ist eine mühsame Sache, mit überkompensierenden Autokraten die Balance aufrechtzuerhalten. Es ist aber kontraproduktiv, sich in einen Macho-Wettkampf der Worte hineinziehen zu lassen. Die Türkei fühlt sich echt unverstanden, was aber daran liegt, dass ihre Werte andere sind als jene des Westens. Dem muss man sich nicht unterwerfen, aber man sollte es klug in das eigene Kalkül einbeziehen. [hans.rauscher@derStandard.at](mailto:hans.rauscher@derStandard.at)

## Uns reicht's auch!

Hass im Netz verdrängt Frauen aus dem öffentlichen digitalen Raum

Eva Glawischnig

Mit dem Artikel im *Falter* („Uns reicht's!“) haben namhafte Journalistinnen aufgezeigt, dass in der digitalen Welt eine rote Linie überschritten wurde: Frauen, in diesem Fall Medienfrauen, aber auch Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen, Unternehmerinnen und Politikerinnen, sind im digitalen Raum vermehrt Hass und Hetze ausgesetzt. Dort wird kein Dialog gesucht, sondern auf tiefster Ebene mit sexualisierter Sprache überwiegend gegen Frauen gehetzt.

Vom Gesetz her nicht ausreichend geschützt, ziehen sich Frauen und auch andere Gruppen Betroffener von Facebook oder Twitter zurück. Somit verstummen wichtige Stimmen, die fortan im digitalen Raum nicht mehr gehört werden können. Hier geht es schlichtweg um das Mundtotmachen von Meinungsmachern.

Der *Guardian* hat 70 Millionen Onlinekommentare der vergangenen zehn Jahre analysiert. Das Ergebnis ist erschreckend: Die meistbedrohten Journalisten des Hauses waren acht Frauen und zwei schwarze Männer. Analysen des Europarates unterstreichen, dass sich der meiste Hass im Netz

an Frauen, an Menschen religiöser Minderheiten, an Menschen mit einer anderen Hautfarbe als weiß oder an Menschen aus der LGBT-Community entlädt.

Da das österreichische Gesetzbuch hier Lücken aufweist, haben wir Grünen eine Initiative gestartet. Das Problem ist, dass Betroffene von Verhetzung oft nur über eine Privatanklage Täter verfolgen können und somit das volle Prozesskostenrisiko tragen. Um dieses nicht einzugehen, löschen Opfer von verbaler Gewalt eher ihren eigenen Account, als den mühsamen Weg durch die Instanzen anzutreten. Die Täter bleiben ungestraft – ihr Hass verbreitet sich im Netz munter weiter.

## Besonders schützenswert

Auch im Verhetzungsparagrafen werden jene Gruppen, die übrigens im Netz auch die überwiegende Mehrheit der Betroffenen ausmachen, als besonders schützenswert genannt. Schon jetzt könnten sie – sehr eingeschränkt – die Staatsanwaltschaft auch bei Beleidigungen anrufen. Unserer Auffassung nach, sollen diese Beschränkungen fallen und in Zukunft daher die Staatsanwaltschaft in jedem Fall eine Anlaufstelle für sie sein, wenn sie im

Netz aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, körperlichen Beeinträchtigung oder sexuellen Gesinnung beleidigt werden oder mit Diffamierung im Internet konfrontiert sind.

Der Aufschrei, dass unsere Initiative keine weißen, heterosexuellen Männer schützen wolle, kam prompt. Dabei wird übersehen, dass diese zwar keine vom Verhetzungsparagrafen explizit geschützte Gruppe sind, aber trotzdem wegen weltanschaulicher Beleidigungen geschützt sein können. Aber wir verwehren uns der Debatte nicht und haben betont, dass wir unsere Initiative nur als einen ersten Schritt sehen. Ein weiterer könnte sein, unabhängig von geschützten Gruppen besonders schwerwiegende Beleidigungen miteinzubeziehen und damit den Schutz allgemein zu erhöhen.

Wir als Gesellschaft verbringen immer mehr Zeit im digitalen Raum. Fakt ist: Hass und Hetze haben nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Sie dienen als Mittel zum Zweck, andere mundtot zu machen. Es braucht mutige Initiativen – vor allem seitens der Politik.

**EVA GLAWISCHNIG** (Jg. 1969) ist Bundessprecherin und Klubobfrau der Grünen im Nationalrat.